

Medienmitteilung

Basel, 31.10.2024



Regionalkomitee lanciert Kampagne gegen EFAS

Nein zu weiterer Prämienexplosion und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Pflege!

Regionalkomitee lanciert unter dem Lead vom vpod region basel die regionale Kampagne gegen EFAS. Mitglied des Komitees sind der Gewerkschaftsbund beider Basel, die Unia Aargau-Nordwestschweiz, AVIVO Region Basel, Feministischer Streik Basel, die SP Basel-Stadt, BastA!, die Juso BS und BL, das junge grüne bündnis Nordwest und die PdA Sektion Basel. Das Regionalkomitee fordert die Bevölkerung auf, am 24. November 2024 mit NEIN gegen die KVG-Revision EFAS (Einheitliche Finanzierung ambulant und stationär) zu stimmen. Diese Reform gefährdet unser Gesundheitssystem, belastet Versicherte finanziell, verschlechtert die Arbeitsbedingungen und gefährdet die Pflegequalität.

Gefährliches Experiment für den Kanton Basel-Stadt

Bei der neuen Reform des Krankenversicherungsgesetzes KVG geht es vordergründig um die Gleichstellung von ambulanten und stationären Leistungen. Doch in Wirklichkeit ist es eine Verschiebung der Kosten zu Lasten der Versicherten und Patient:innen. Nur durch ein starkes NEIN können diese negativen Entwicklungen gestoppt werden. Gesundheitssystem in Gestalt eines grossen Kartonspitals zerschlagen (siehe Bilder zur Aktion).

Die Krankenversicherungsprämien steigen

«Basel-Stadt hat bereits heute schweizweit die dritthöchsten Prämien, Basel-Landschaft ist auf dem 5. Platz.», so Tania Cucè, Co-Präsidentin vpod region basel. Mit EFAS soll die Pflege in den Pflegeheimen und zu Hause (Spitex) neu hauptsächlich über die Krankenkassenprämien finanziert werden – heute bezahlen das zum Grossteil die Kantone. Im Bereich der Altenpflege steigen die Kosten jedoch am schnellsten. «Mit der Reform drohen die unfairen Pro-Kopf-Prämien deshalb noch schneller zu steigen als ohne die Reform.» warnt Cucè weiter. In 17 Kantonen, darunter Zürich, Bern, Basel-Stadt und Luzern, steigen die Prämien mit der Einführung der Reform auf einen Schlag um insgesamt 250 Millionen Franken!

Pflegeheimbewohner:innen zahlen noch mehr

Heute ist der Betrag, den ältere Menschen für die Pflege bezahlen, begrenzt. Er kostet pro Tag max. 15 Franken für die Pflege daheim und max. 23 Franken bei einem Aufenthalt im Pflegeheim. Mit der Reform werden diese Begrenzungen nach einer Übergangsfrist gestrichen. Der Kostendruck wird also zu höheren Kosten insbesondere für die ältere Bevölkerung führen. Davon sind wir alle früher oder später betroffen.

Der Selbstbehalt für Spitalpatienten steigt

Mit der neuen Finanzierung von Spitalaufenthalten sinkt der Kantonsbeitrag an Spitalbehandlungen, gleichzeitig steigt der Selbstbehalt für die Patient:innen, da neu auch Operationen unter Franchise und Selbstbehalt berechnet werden. Eine Blindarmoperation beispielsweise wird neu, bei einer

Franchise von 300.-, mindestens Fr. 400.- kosten. Und der Bundesrat hat bereits jetzt grünes Licht für eine Erhöhung der Mindestfranchise gegeben.

Arbeitsbedingungen und die Pflegequalität verschlechtern sich

Mit der Reform werden die Krankenkassen anstelle der Kantone 13 Milliarden Franken aus unseren Steuern verwalten, zusätzlich zu den 38 Milliarden an Prämien. Die demokratische Kontrolle über die Verwaltung dieses Geldes geht verloren. Gleichzeitig wird das Personal noch mehr unter Druck stehen und die Qualität der häuslichen Pflege und in den Pflegeheimen wird sich verschlechtern. Denn die Krankenkassen sind nicht zuständig für die Qualitätskontrolle.

Regionalkomitee



Zu EFAS

EFAS (Einheitliche Finanzierung ambulant und stationär) ist eine Reform zur Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Es handelt sich dabei um eine grundlegende Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems, die von der Lobby der Versicherer durchgesetzt wurde. Ziel ist es, die finanzielle Verantwortung von den Kantonen auf die Krankenkassen zu übertragen. Damit erhalten die Versicherer noch mehr Macht, um unser Gesundheitssystem zu lenken. Der VPOD hat gegen diese Revision das Referendum ergriffen, das im April 2024 zustande kam. Am 24. November 2024 ruft der VPOD die Bevölkerung auf, NEIN zu EFAS zu stimmen, da diese Reform zu Einsparungen beim Gesundheitspersonal führt, die Gesundheitsausgaben in gewinnorientierte Bereiche lenkt und die Versicherungsprämien verteuert.